

Kein Angebot der Arbeitgeber! Jetzt Warnstreiks!

AUS DEM BERICHT VON FRANK BSIRSKE AN DIE VERHANDLUNGSKOMMISSION:

„Kein Angebot in irgendeinem Thema. – Nun sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gefordert, um ihre Erwartungen an diese Tarifrunde deutlich zu machen.“



Vor Beginn der Verhandlungen in Potsdam spricht Frank Bsirske zu den Protestierenden.

De Maizière: „Maßlose Forderung“, Böhle: „ver.di-Forderung gefährdet Arbeitsplätze“ – keine Wertschätzung für die Leistung der Beschäftigten beim Bund und den kommunalen Arbeitgebern!

Im ersten Verhandlungstermin der Tarif- und Besoldungsrunde 2014 am 13. März 2014 in Potsdam haben die öffentlichen Arbeitgeber des Bundes und der Kommunen kein Angebot vorgelegt. ver.di hätte „maßlose Forderungen“ gestellt, würde „die Kommunen überfordern“ und „Arbeitsplätze gefährden“. Kein Wort jedoch von den sprudelnden Steuereinnahmen oder dem Lohnabstand zur privaten Wirtschaft. Ist das Fehleinschätzung oder Strategie? Darüber wollen wir nicht spekulieren, sie kennen unsere Forderungen und weigern sich, durch ein Angebot in Verhandlungen einzutreten.

Was wird dadurch deutlich? Eine klare Geringschätzung der Arbeit der Beschäftigten von Bund und kommunalen Arbeitgebern. Schließlich sind es die Beschäftigten, die täglich durch ihre Arbeit die Daseinsvorsorge des Staates erbringen. Ohne die Beschäftigten funktioniert keine Kita, keine Schule, kein öffentlicher Nahverkehr, kein Krankenhaus, keine Energie- und Wasserversorgung, kein Altenpflegeheim, keine Müllabfuhr, keine Straßenreinigung, kein Flughafen, keine Sparkasse und keine Grünpflege. Ohne die Beschäftigten könnten die Wasserstraßen und Schleusen nicht genutzt, keine Baugenehmigungen erteilt und all die anderen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht erbracht werden.

Und noch etwas wird deutlich – die Arbeitgeber spielen auf Zeit! ver.di will jedoch über die berechtigten Forderungen der Beschäftigten verhandeln: Tabellenerhöhung um 100 Euro und anschließend um 3,5 Prozent, 30 Tage Urlaub für alle, verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende, Ausschluss sachgrundloser Befristungen, 70 Euro Nahverkehrszulage und Angleichung des Nachtarbeitszuschlags in den Krankenhäusern.

- Es ist richtig, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Anteil vom wirtschaftlichen Wachstum bekommen!
Um dies zu erreichen, muss ver.di stark sein! Nur mit dieser Stärke kann ein gutes Ergebnis erreicht werden!
- Es ist richtig: die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten gute Arbeit. Dafür verdienen sie Anerkennung. Gute Bezahlung ist Anerkennung. Kein Angebot vorzulegen, ist Geringschätzung der Arbeit der Beschäftigten.
Um dies zu ändern, muss ver.di stark sein! Nur so kann die verdiente Anerkennung durchgesetzt werden!
- Wir brauchen im öffentlichen Dienst deutlich höhere Einkommen, verbunden mit einer Stärkung der unteren Einkommen.
- Der Abstand der Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu den Löhnen der Gesamtwirtschaft muss verringert

werden. Das stärkt die Kaufkraft im Land und ist wirtschaftspolitisch sinnvoll.

- Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müssen attraktiv sein. Bereits heute gibt es in manchen Bereichen Fachkräftemangel. In den nächsten Jahren scheiden 20 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus. Der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich verschärfen. Deshalb muss der öffentliche Dienst mit entsprechenden (Einkommens-) Bedingungen ein attraktiver Arbeitgeber sein. Die Konkurrenz ist groß und schläft nicht.

Unsere Forderungen sind berechtigt und wir haben die besseren Argumente. Aber das reicht nicht, wenn die Arbeitgeber auf Zeit spielen und sich stur stellen. Dann müssen sie merken, dass das keine gute Strategie ist. **Um ihnen das deutlich zu machen, ist es jetzt an der Zeit, aktiv zu werden. Unsere Stärke zählt!**

ver.di ruft zu Warnstreiks auf!

In der zweiten Verhandlungsrunde wollen wir ein Angebot der Arbeitgeber!



UNSERE FORDERUNG:

100 Euro und anschließend 3,5 Prozent, 30 Tage Urlaub für alle, verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende, Ausschluss sachgrundloser Befristungen, 70 Euro Nahverkehrszulage und Angleichung des Nachtarbeitszuschlags in den Krankenhäusern.

DER MÄRZ WIRD HEISS,

heißer als die Meteorologen ankündigen. Jetzt gilt es, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen werden für den **nächsten Verhandlungstermin am 20./21. März 2014** eindrucksvoll deutlich machen, dass ihre Forderung nicht „maßlos“ ist.

Übrigens: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben bereits eine zehnpromtente Diätenerhöhung in der Tasche – Geld ist also da!

Jetzt kommt es auf uns alle an!

Davor verschließen die Arbeitgeber die Augen:

Gründe für deutlich höhere Einkommen

Auch wenn die Arbeitgeber wie bei jeder Tarifrunde angesichts unserer berechtigten Forderungen aus dem Jammern nicht herauskommen, müssen sie sich den Tatsachen stellen. Und die sprechen für unsere Forderungen. Denn egal, ob es um Reallohnentwicklung, Anschluss an die Privatwirtschaft, Nachwuchsprobleme oder Fachkräfte geht: Immer sind deutlich höhere Einkommen die sinnvolle und gerechte Schlussfolgerung.

1. Reallohnentwicklung: Mit deutlich höheren Einkommen korrigieren

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten stagnieren die realen – also preisbereinigten – Löhne und Gehälter in Deutschland. Unternehmer und Kapitaleigentümer haben dagegen ihre Einkünfte um 40 % gesteigert!

- Höchste Zeit, diese gesellschaftspolitische Fehlentwicklung zu korrigieren – auch mit einer Tarifpolitik, die deutlich höhere Einkommen durchsetzt.

2. Nachwuchsprobleme: Mit deutlich höheren Einkommen und Übernahme der Auszubildenden konkurrenzfähig werden

Der öffentliche Dienst hat ein Altersproblem. Das wird von niemandem bestritten. Hunderttausende von Beschäftigten werden in den kommenden Jahren ausscheiden. Wir fragen: Wo soll der qualifizierte Nachwuchs herkommen, wenn ihm nichts geboten wird?

- Höchste Zeit also, um mit deutlich höheren Einkommen attraktive Bedingungen für einen engagierten Nachwuchs zu schaffen.

3. Fachkräftemangel: Mit deutlich höheren Einkommen und festen Arbeitsplätzen Anreize schaffen

In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes herrscht ein Mangel an Fachkräften. Dabei geht es nicht nur um technische Berufe, sondern z. B. auch um den Erziehungs- und Pflegebereich.

- Höchste Zeit also, mit der Praxis befristeter Beschäftigung Schluss zu machen und durch deutlich höhere Einkommen attraktive Arbeitsplätze zu schaffen.

4. Steuerentwicklung – Steuerschätzung vom November 2013

Für den Zeitraum 2011 bis 2015 wird von einem Steuerplus von 15,8 % ausgegangen.

Für das Jahr 2014 wird mit einem Steuerplus von 3,4 % beim Bund, bei den Kommunen von 3,7 % und in 2015 von 3,2 % beim Bund,

bei den Kommunen von 3,7 % gerechnet.

Durch die derzeitige konjunkturelle Entwicklung gibt es eine gute Einnahmeentwicklung bei den öffentlichen Haushalten. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass 2013, wie bereits in 2012, die öffentlichen

Haushalte mit einem Überschuss abschließen werden. Nach dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages vom 10. Oktober 2013 **steigt der Überschuss der deutschen Kommunen nach 1,8 Mrd. Euro in 2012 auf 4,1 Mrd. Euro in 2013.**



Liebe Kollegin, Lieber Kollege,

nur im Märchen fallen Taler vom Himmel. Im wirklichen Leben müssen **gute Löhne für gute Arbeit** entschieden eingefordert, hart verhandelt und notfalls auch erkämpft werden. In diesem Jahr gilt das für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, also für Sie.

Wir von ver.di sagen: Die Beschäftigten brauchen **mehr Geld**. Trotz des guten Tarifabschlusses 2012 hinkt der öffentliche Dienst den Einkommen anderer Branchen immer noch hinterher. Die Steuereinnahmen sprudeln und das muss sich für die Beschäftigten auszahlen. Denn sie leisten gute Arbeit.

Aber: Gute Argumente reichen nicht. Jetzt aktiv die Forderung unterstützen, ver.di-Mitglied werden und im Streik abgesichert sein.

Falls Sie das auch so sehen:

**Herzlich willkommen!
 In einer starken Gemeinschaft**

...TRITT HEREIN **ver.di**

BEITRITTSERKLÄRUNG

Name			
Vorname			
Straße, Nr.			
PLZ, Ort			
Geburtsdatum	Telefon		
E-Mail			
Nationalität	Geschlecht	<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich
Beschäftigt als	<input type="checkbox"/> Arbeiter/in	<input type="checkbox"/> Angestellte/r	<input type="checkbox"/> Beamte/r
	<input type="checkbox"/> Azubi bis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Anwärter/in bis
Dienststelle			
PLZ, Ort			
monatlicher Bruttoverdienst	Beitragszahlungen ab		

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Gläubiger-Identifikationsnummer: DE612ZZ200000101497 · Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SEPA-Lastschriftmandat
 Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise zur Monatsmitte zum Monatsende

IBAN

BIC

Bankinstitut

Datum Unterschrift

Werber/in
 Name

Mitglied, Nr.

Datenschutz
 Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.